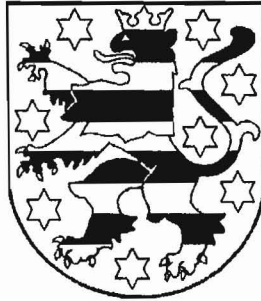


Landgericht Erfurt

Az.: ■ O 353/20



Beschluss

In dem Rechtsstreit

■, c/o n-tv Nachrichtenfernseher GmbH, Picassoplatz 1, 50679 Köln
- Antragsteller -

Verfahrensbevollmächtigte:

Rechtsanwälte ■ Köln, Gz.: ■

gegen

AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
- Antragsgegnerin -

Prozessbevollmächtigter:

Rechtsanwalt Sascha **Schlösser**, Augustinerstraße 48, 99084 Erfurt, Gz.: 12600

wegen Unterlassung

hat die ■ Zivilkammer des Landgerichts Erfurt durch

Richter ■

als Einzelrichterin am 09.04.2020 ohne mündliche Verhandlung gemäß § 937 Abs. 2 ZPO

b e s c h l o s s e n :

1. Der Antrag vom 31.03.2020 auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wird zurückgewiesen.
2. Der Antragsteller trägt die Kosten des Verfahrens.
3. Der Streitwert wird auf 50.000,00 € festgesetzt.

Gründe:

I.

Der Antragsteller begehrt von der Antragsgegnerin die Unterlassung einer Bildveröffentlichung zu Zwecken der Wahlwerbung.

Der Antragsteller ist Moderator beim Nachrichtensender n-tv und Politikkorrespondent der Mediengruppe RTL Deutschland GmbH. Am Tag der Landtagswahlen in Thüringen, mithin am 27.10.2019 interviewte der Antragsteller den Fraktionsvorsitzenden der Antragsgegnerin Herrn Höcke zu den Ergebnissen der Landtagswahlen. Während dieses Interviews wurden Bilder des Antragstellers gefertigt.

Ein Bild, auf dem der Antragsteller seitlich von hinten zu sehen ist, verwendete die Antragsgegnerin in leicht veränderter Weise (Entfernung der Markenlogos verschiedener Fernsehsender auf dem Mikrofon) auf einem Flyer, der am Eingang des Thüringer Landtags in einer Halterung zum Mitnehmen angeboten wurde. Bezüglich des genauen Inhaltes und Layouts des Flyers wird auf Anlage Ast 2, Bl. 54-55 d.A. Bezug genommen.

Mit Schreiben vom 09.03.2020 forderte der Antragsteller die Antragsgegnerin auf, die Verwendung des Bildes auf dem Flyer zu unterlassen und Auskunft über den Umfang der Verletzungshandlung zu erteilen. Überdies wurde sie zur Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungsverpflichtungserklärung bis zum 16.03.2020 aufgefordert.

Mit Schreiben vom 17.03.2020 teilte die Antragsgegnerin sodann mit, dass sie den verfahrensgegenständlichen Flyer nicht weiter verteilen und noch vorhandene Exemplare vernichten würde. Die Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungsverpflichtungserklärung lehnte die Antragsgegnerin ab.

Der Antragsteller trägt vor, dass seitens der Mitarbeiter der Antragsgegnerin heimlich, also ohne Wissen und Wollen des Antragstellers, die Bildaufnahmen erzeugt worden seien. Er habe am

03.03.2020 festgestellt, dass solche Bildaufnahmen von ihm hergestellt wurden, als der Zeuge [REDACTED] auf diese am selbigen Tag aufmerksam geworden sei, ihn erkannt habe und es ihm umgehend mitgeteilt habe.

Der Antragsteller beantragt,

anzuordnen, der Antragsgegnerin aufzugeben bei Meidung eines Ordnungsgeldes in Höhe von bis zu 250.000,- € EUR und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, wobei die Ordnungshaft an den Mitgliedern des Vorstandes der Antragsgegnerin zu vollziehen ist und insgesamt zwei Jahre nicht übersteigen darf

- es ab sofort zu unterlassen, das Bildnis des Antragstellers zu Zwecken der Wahlwerbung zu verbreiten und/oder verbreiten zu lassen, wenn dies geschieht wie auf dem nachfolgend abgebildeten Werbeflyer der AFD-Fraktion im Thüringer Landtag geschehen

- es zu unterlassen, das Bildnis des Antragstellers ohne dessen Einwilligung herzustellen und/oder zu verbreiten und/oder verbreiten zu lassen, wenn dies geschieht wie auf dem nachfolgend abgebildeten Werbeflyer der Antragsgegnerin geschehen:

(es folgt Abbildung Flyer, auf Seite 3 der Antragsschrift, Bl. 40 d.A. wird Bezug genommen)

Die Antragsgegnerin wendet sich gegen den Erlass einer einstweiligen Verfügung.

Sie trägt vor, dass der Antragsteller aufgrund der gegebenen Umstände bemerkt haben müsse fotografiert worden zu sein und somit jedenfalls konkludent in die Verwendung und Weiterverarbeitung eingewilligt habe, jedenfalls liege jedoch ein Bildnis aus dem Bereich der Zeitgeschichte vor.

II.

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ist zulässig, jedoch unbegründet.

Es besteht bereits kein Verfügungsanspruch des Antragstellers.

Grundsätzlich kommt ein Anspruch auf Unterlassung der Veröffentlichung bzw. Verbreitung des streitgegenständlichen Bildnisses gem. §§ 1004, 823 Abs. 1, Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 22, 23 Abs.2

KunstUrhG, Art.1 Abs. 1, Art. 2 Abs.1 GG in Betracht, wenn eine ohne Einwilligung erfolgte Veröffentlichung das Recht am eigenen Bild und somit das Persönlichkeitsrecht des Antragstellers verletzt und wenn die Voraussetzungen für eine einwilligungslose Veröffentlichung nicht vorliegen.

Dies ist vorliegend jedoch nicht der Fall. Zwar ist nicht davon auszugehen, dass eine grundsätzlich gemäß § 22 S.1 KunstUrhG erforderliche Einwilligung des Antragstellers bezüglich der Veröffentlichung seines Bildnisses vorliegt, da der Antragsteller sich zwar bewusst in die öffentliche Interviewsituation begeben hat, jedoch hieraus noch keine Einwilligung in die Veröffentlichung des streitgegenständlichen Fotos abzuleiten ist, insbesondere wenn diese mit Veränderungen (Löschen von Markenlogos etc.) einhergeht.

Jedoch dürfte diese Einwilligung entbehrlich sein gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 1 KunstUrhG. Gemäß § 23 Abs. 1 Nr.1 KunstUrhG dürfen Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte ohne die nach § 22 KunstUrhG erforderliche Einwilligung verbreitet werden, sofern nicht ein berechtigtes Interesse des Abgebildeten verletzt wird, § 23 Abs. KunstUrhG. Maßgebend ist hierbei das Interesse der Öffentlichkeit an vollständiger Information über das Zeitgeschehen. Der Begriff des Zeitgeschehens ist zugunsten der Pressefreiheit in einem weiten Sinn zu verstehen; er umfasst nicht nur Vorgänge von historisch-politischer Bedeutung, sondern alle Fragen von allgemeinem gesellschaftlichem Interesse (Dreyer in: Dreyer/Kotthoff/ Meckel/ Hentsch, Urheberrecht, 4. Aufl. 2018, § 23).

Vorliegend ist der Antragsteller auf dem abgebildeten Bild als Journalist tätig, während er den Fraktionsvorsitzenden der Antragsgegnerin am Abend der Landtagswahl interviewt, womit von einem Bildnis aus dem Bereich der Zeitgeschichte auszugehen ist. Die Veröffentlichung ist auch nicht unzulässig, weil ein berechtigtes Interesse des Antragstellers verletzt wird. Bei der hier vorzunehmenden Abwägung der widerstreitenden Interessen des Antragstellers gegenüber der Antragsgegnerin streitet insbesondere für die Antragsgegnerin, dass sich der Antragsteller bewusst in eine öffentliche Interviewsituation begeben hat die im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit stattgefunden hat. Auf dem streitgegenständlichen Foto ist (durch Halten des Mikrofons/Sender am Ohr) klar zu erkennen, dass der Antragsteller in seiner beruflichen Funktion als Berichterstatter fungiert. Grundsätzlich muss der Antragsteller eine Veröffentlichung dann hinnehmen. Dies gilt insbesondere, wenn er selbst, wie seitens der Antragstellerin glaubhaft gemacht, das Bild auf seiner „Facebookseite“ verwendet.

Lediglich das Entfernen der Markenlogos der TV-Sender von dem Mikrofon-Windschutz reicht nicht aus, um eine Verletzung des berechtigten Interesses des Antragstellers zu begründen. Die seitens des Antragstellers geltend gemachte „Instrumentalisierung für politische Werbezwecke“

liegt nach Auffassung des Gerichts nicht vor. Es sind für den durchschnittlichen Betrachter keine Anhaltspunkte erkennbar, dass es sich nur aufgrund fehlender Markenlogos um ein „Promo-Interview“ handeln würde. Vielmehr erweckt es weiterhin aufgrund des Erscheinungsbildes des Antragstellers den Anschein (so wie auch tatsächlich geschehen), es handele sich um ein neutrales Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der Antragsgegnerin. Hierbei ist zudem zu berücksichtigen, dass der Antragsteller lediglich seitlich von hinten abgebildet ist und die wesentlichen Gesichtszüge nicht erkennbar sind. Die Erkennbarkeit des Antragstellers dürfte sich somit auf seinen Bekanntenkreis reduzieren, wobei davon auszugehen ist, dass diesem Bekanntenkreis bewusst ist, dass der Antragsteller bei dem Interview als neutraler Journalist gehandelt hat.

Aus gleichen Gründen liegt auch ein Verstoß gegen die DS-GVO nicht vor.

Jedenfalls scheitert es am Verfügungsgrund, § 935 ZPO.

Nach dieser Vorschrift besteht ein Verfügungsgrund, wenn zu besorgen ist, dass durch eine bevorstehende Veränderung des bestehenden Zustands die Verwirklichung des Rechts der Partei vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte (sog. Sicherungsverfügung) bzw. nach § 940 ZPO, wenn in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis die Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile oder zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus anderen Gründen nötig erscheint (sog. Regelungsverfügung). Diese Voraussetzung des Verfügungsgrundes wird zusammengefasst unter dem Begriff der Dringlichkeit. Die Tatsachen, die das Vorliegen dieser Dringlichkeit begründen, sind vom Antragsteller im Rahmen des einstweiligen Verfügungsverfahrens darzulegen und glaubhaft zu machen, §§ 935, 936, 920 Abs. 2 ZPO.

Vorliegend hat der Antragsteller geltend gemacht, dass zu besorgen sei, dass die Antragsgegnerin das Bild erneut verwenden und nicht löschen wird. Diesbezüglich bestehe eine Wiederholungsgefahr, die die Antragsgegnerin durch Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung nicht ausgeräumt habe.

Dies reicht jedoch nicht aus, um eine Eilbedürftigkeit zu begründen. Bei Unterlassungsansprüchen ergibt sich die „Dringlichkeit“ als Voraussetzung des Verfügungsgrundes nicht schon aus der materiell rechtlichen Erstbegehungsgefahr oder Wiederholungsgefahr (G. Vollkommer in: Zöller, Zivilprozessordnung, 33. Aufl. 2020, § 935 ZPO). Vielmehr wäre seitens des Antragstellers glaubhaft zu machen, dass das streitgegenständliche Foto noch in irgendeiner Art und Weise seitens der Antragsgegnerin Verwendung findet und dem Antragsteller hieraus konkrete Nachteile drohen.

Stattdessen hat die Antragsgegnerin jedoch mitgeteilt, dass der Flyer nicht weiter verteilt werde und noch vorhandene Exemplare vernichtet würden.

Überdies ist der streitgegenständliche Flyer nicht allgemeiner Art, sondern hatte insbesondere die Landtagswahl sowie die Ministerpräsidentenwahl zum Gegenstand, welche sich durch Zeitablauf erledigt haben. Mangels anderweitiger Indizien ist davon auszugehen, dass die Antragsgegnerin nicht beabsichtigt das Foto weiter zu verbreiten. Allein der Umstand, dass die Antragsgegnerin auch außergerichtlich nicht die von ihr verlangte strafbewehrte Unterlassungserklärung abgegeben hat und einen gegenteiligen Rechtsstandpunkt zum Ausdruck gebracht hat, begründet keine Dringlichkeit im engeren Sinne, sodass der Antragsgegner seinen begehrten Anspruch auch im Hauptsacheverfahren geltend machen kann.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 ZPO.

Die Streitwertfestsetzung richtet sich nach §§ 53 Abs.1 Nr. 1 GKG, 3 ZPO.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung kann sofortige Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) eingelegt werden.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Landgericht Erfurt
Domplatz 37
99084 Erfurt

oder bei dem

Thüringer Oberlandesgericht
Rathenaustraße 13
07745 Jena

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

Gegen die Entscheidung, mit der der Streitwert festgesetzt worden ist, kann Beschwerde eingelegt werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht die Beschwerde zugelassen hat.

Die Beschwerde ist binnen **sechs Monaten** bei dem

Landgericht Erfurt
Domplatz 37
99084 Erfurt

einulegen.

Die Frist beginnt mit Eintreten der Rechtskraft der Entscheidung in der Hauptsache oder der anderweitigen Erledigung des Verfahrens. Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf der sechsmonatigen Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem oben genannten Gericht eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Rechtsbehelfe können auch als **elektronisches Dokument** eingereicht werden. Eine einfache E-Mail genügt den gesetzlichen Anforderungen nicht.

Das elektronische Dokument muss

- mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder
- von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden.

Ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen ist, darf wie folgt übermittelt werden:

- auf einem sicheren Übermittlungsweg oder
- an das für den Empfang elektronischer Dokumente eingerichtete Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) des Gerichts.

Wegen der sicheren Übermittlungswege wird auf § 130a Absatz 4 der Zivilprozessordnung verwiesen. Hinsichtlich der weiteren Voraussetzungen zur elektronischen Kommunikation mit den Gerichten wird auf die Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) in der jeweils geltenden Fassung sowie auf die Internetseite www.justiz.de verwiesen.

gez.

[Redacted Signature]

Ausgefertigt
Erfurt, 09.04.2020
[Redacted Name] Justizangestellte
Urteilsbeamtin der Geschäftsstelle

